

Rathaus - Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 042 und 041

Für den Inhalt verantwortlich: Hans Riemer

7. August 1946

Blatt 1138

Ausgabe von Rauchwaren auf die Raucherkarte 17

Das Hauptwirtschaftsamt Wien und das Landeswirtschaftsamt für N.Ö. und Burgenland geben im Einvernehmen mit der Österr. Tabakregie den Aufruf der Normalabschnitte

M 1/17, M 2/17, M 3/17, M 4/17 und
F 1/17, F 2/17

bekannt.

Die Abgabemengen auf einen Normalabschnitt betragen

	10	Zigaretten	der	Sorte	Mischung	"B"
<u>oder</u>	10	"	"	"	Mischung	"A"
<u>oder</u>	3	Zigarren	zum	Stückpreis	von	20 Groschen
<u>oder</u>	2	"	"	"	von	über 20 Groschen.

Die Einlösung der aufgerufenen Normalabschnitte der Raucherkarte 17, die bis 15. September 1946 gültig sind, beginnt in Wien I-XXVI am 2. August und in den Trafiken in N.Ö. und Burgenland nach Warenanlieferung.

51.626 Kubikmeter Schutt im Monat Juli

Nach einem Bericht des Wiener Stadtbauamtes über die Schuttbeseitigung sind im Laufe des Monats Juli 51.626 Kubikmeter Schutt von öffentlichen Flächen, Straßen und Plätzen abgeführt worden. Das merkbare Ansteigen der Leistung ist auf eine Erhöhung der Zahl der Arbeitskräfte, vor allem aber auf die Vermehrung der von den Alliierten zur Verfügung gestellten Lastkraftwagen zurückzuführen. Neben rund 1000 Arbeitern und 190 Lastkraftwagen standen pro Woche durchschnittlich 5 Bagger, 5 Straßenbahnwagen und 14 Vollbahnwagen zur Verfügung. Könnte die Leistung der letzten Arbeitswoche weiterhin beibehalten werden, würde die Abfuhr der restlichen Schuttmenge noch ungefähr 40 Wochen in Anspruch nehmen.

Der Bürgermeister am Messegelände
=====

Bürgermeister Körner besichtigte heute vormittags den Messepalast und das Messegelände im Prater, um sich über die Fortschritte der Wiederaufbauarbeiten zu informieren. Der Bürgermeister wurde im Messepalast von den Direktoren der Wiener Messe A.G. Dr. Stetten und Gemeinderat Marek empfangen und geführt. An der Besichtigung des Rotundengeländes nahm auch Stadtrat Sigmund teil. Der Bürgermeister gab seiner Befriedigung über den erfreulichen Fortschritt des Wiederaufbaues des durch Bomben und Feuersbrunst schwer beschädigten Messepalastes Ausdruck, in dessen Hof soeben die Eisenkonstruktion für eine neue gedeckte Halle aufgestellt wird und dessen Gebäudelücken sich in erfreulichem Tempo schließen.

Das Messegelände bietet überhaupt den Eindruck eusigsten Bienenfleißes und wahrer Wunder an Tatkraft. Die großen Ausstellungshallen, die zum Teil völlig verwüstet und vernichtet waren, geben schon jetzt ein hoffnungsvolles Bild der Erneuerung. Andere Hallen sind schon neu aufgebaut oder im Entstehen begriffen. Rund 450 Arbeiter, unter ihnen viele Häftlinge des Landesgerichtes, sind an beiden Baustellen tätig. Mit oft ganz primitiven Mitteln muß der Mangel an Werkzeug und Geräten ausgeglichen werden. Die Wiener Friedensmesse wird ein Messegelände vorfinden, dem die schweren Spuren des Krieges kaum mehr anzumerken sein werden.

Übersiedlung städtischer Dienststellen
=====

Die Magistratsabteilung 66 (Statistik) ist in die Räume der Straßenbahndirektion, Wien IV., Favoritenstraße 9/II/5. Stock übersiedelt. Fernsprecher: U 42-5-80.

Die Aufnahmestelle für Altersheime der Magistratsabteilung 12 (Erwachsenenfürsorge) befindet sich nunmehr in Wien, I., Zelinkagasse 5, 1. Stock, Zimmer 30 bis 33. Fernsprecher: U 23-5-20 und U 21-0-26, Klappe 138.

Neuregelung aller Volksprater-Pachtverträge

Im Verlaufe des Krieges wurde das Gebiet des Volkspraters verwüstet und seine Einrichtungen unbrauchbar gemacht. Da der Wiederaufbau unter Berücksichtigung aller in Betracht kommenden Interessen erfolgen soll, ist eine wesentliche Änderung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes für dieses Gebiet notwendig geworden. Aus diesen Gründen ist die Einhaltung der von der Praterverwaltung mit den einzelnen Bestandnehmern abgeschlossenen Verträge unmöglich geworden, diese gelten nun als erloschen.

Zum Zwecke des raschen Wiederaufbaues des Volkspraters erfolgte die Gründung der Prater-Betriebsgesellschaft m.b.H., der auf Grund eines Beschlusses des Wiener Gemeinderates das Gelände des Volkspraters verpachtet wurde. Diese Gesellschaft, die ermächtigt wurde, die Stadt Wien in allen den Volksprater betreffenden Rechtsangelegenheiten zu vertreten, wird die Neuregelung der Bestandverträge durchführen.

Die bisherigen Praterbesitzer werden von der Prater-Betriebsgesellschaft m.b.H., I., Judenplatz 3-4, schriftlich aufgefordert, sich wegen fälliger Neuregelung ihres Bestandverhältnisses mit der Prater-Betriebsgesellschaft ins Einvernehmen zu setzen. Von jenen Praterbesitzern die dieser Aufforderung binnen 14 Tagen nicht nachkommen wird angenommen, daß sie auf eine weitere Zuteilung eines Pachtgrundes im Volksprater verzichten. Die Zuteilung erfolgt vorerst an die alten Praterbesitzer, soweit sie nicht Nationalsozialisten waren, und erst nachher an sonstige Bewerber.

Zuteilungen auf den Gemüseausweis

Das Landesernährungsamt Wien gibt bekannt:

Auf die Abschnitte 210 und 410 der Gemüseausweise wird 1/4 kg grüner Paprika und auf die Abschnitte 220 und 420 1/2 Kg Gurken ausgegeben. Die Abschnitte 219 und 419 werden mit Samstag, den 10. August ungültig.

Ausgabe von Kartoffeln
=====

Das Landesernährungsamt Wien gibt bekannt:

Mit der Auslieferung der Kartoffelration für die nächste Woche wird bereits heute begonnen. Der Abschnitt 17/IV der Kartoffelkarte ist mit 1.40 kg Frühkartoffeln einzulösen.

Öffentliche Verwalter im 2. Bezirk!
=====

Für die öffentlichen Verwalter der Industrie, des Handels, des Gewerbes, der Vergnügungsstätten, Theater und Kinos, die im 2. Bezirk ihren Standort haben, findet Donnerstag, den 8. August 1946, um 14 Uhr im Saale des Hotels Stefanie, Wien 2., Taborstraße 12, eine Besprechung statt. Erscheinen ist Pflicht.

Strenge Bewirtschaftung der Kartoffeln
=====

Das Landesernährungsamt Wien gibt bekannt:

Durch ein Mißverständnis ist das Gerücht entstanden, daß Kartoffeln vom Erzeuger frei bezogen werden dürfen. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Kartoffeln nach wie vor streng bewirtschaftet sind und daß sich jeder strafbar macht, der ohne Bezugsberechtigung Kartoffeln kauft oder verkauft. Die Bevölkerung wird daher gebeten, von Besuchen bei Kartoffelbauern Abstand zu nehmen, um einerseits unliebsamen Auseinandersetzungen auszuweichen und andererseits die allgemeine Versorgungslage nicht zu stören.